

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 40 | 04.10.2019

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

NEUERSCHEINUNGEN

Andreas Hauer

Gerichtsbearbeitung des öffentlichen Rechts

Das Buch „Gerichtsbearbeitung des öffentlichen Rechts“ stellt die Verwaltungs- und Verfassungsgerichtsbarkeit in allen wesentlichen Details dar und gibt einen Überblick über die Gerichtsbearbeitung des EGMR und die Gerichtsbearbeitung der Europäischen Union.

ISBN 978-3-902883-40-7, 4. Auflage, XXXVIII und 478 Seiten, Harteinband, 49 EUR // zu beziehen ua über www.pedell.at

Birgit Haslinger/Sigmar Stadlmeier

Public International Law

Das Buch „Public International Law“ wurde für die Bedürfnisse des universitären Völkerrechtsunterrichts entwickelt. Es behandelt unter anderem Völkerrechtsquellen, Völkerrechtssubjekte, internationale Verantwortlichkeit, friedliche Streitbeilegung, diplomatisches und konsularisches Recht, See-, Luftfahrt- und Weltraumrecht, kollektive Sicherheit und internationales humanitäres Recht.

ISBN 978-3-902883-39-1, 2. Auflage, VIII und 167 Seiten, Harteinband, 35 EUR // zu beziehen ua über www.pedell.at

I. BUNDESGESETZBLATT

BGBI I 89/2019

Kundmachung des Bundesministers für Finanzen über das Inkrafttreten des **SFT-Vollzugsgesetzes** (Verwaltungsstrafen gem § 3 des SFT-VollzugsG dürfen von der Finanzmarktaufsichtsbehörde nur für Verstöße gegen Art 4 Abs 1 der VO [EU] 2015/2365 verhängt werden, die von der in Art 33 Abs 2 Buchstabe a sublit i der VO [EU] 2015/2365 genannten Gegenpartei nach dem 11. April 2020, von der in sublit ii leg cit genannten Gegenpartei nach dem 11. Juli 2020, von der in sublit iii leg cit genannten Gegenpartei nach dem 11. Oktober 2020 und von der in sublit iv leg cit genannten Gegenpartei nach dem 11. Jänner 2021 begangen wurden)

BGBI I 90/2019

Bundesgesetz über die **Genehmigung des Bundesrechnungsabschlusses für das Jahr 2018**

[BGBl II 286/2019 \(Anlagen\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Europa, Integration und Äußeres zur Durchführung des Integrationsgesetzes (**Integrationsgesetz-Durchführungsverordnung** – IntG-DV)

[BGBl II 288/2019](#)

Verordnung des Bundesministers für öffentlichen Dienst und Sport betreffend den Frauenförderungsplan des Bundesministeriums für öffentlichen Dienst und Sport (**Frauenförderungsplan BMöDS**)

[BGBl II 291/2019](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen, mit der die Verordnung betreffend Festlegung der Ermittlung des Grundstückswertes (**Grundstückswertverordnung** – GrWV) geändert wird

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 250 v 30.09.2019, 10](#)

Delegierte Verordnung (EU) 2019/1603 der Kommission vom 18. Juli 2019 zur Ergänzung der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die von der **Internationalen Zivilluftfahrt**-Organisation angenommenen Maßnahmen für die **Überwachung** von, die Berichterstattung über und die Prüfung von **Luftverkehrsemissionen** für die Zwecke der Umsetzung eines globalen marktbasierten Mechanismus

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

26.06.2019, [E 1846/2019 ua](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch die Nichtzuerkennung des **Status auf subsidiären Schutz** betreffend eine Familie irakischer Staatsangehöriger; mangelhafte und nicht nachvollziehbare Feststellungen zur Lage im Herkunftsstaat sowie keine Auseinandersetzung mit der Situation Minderjähriger

23.09.2019, [E 2557/2019](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** betreffend die Abweisung eines **Antrags auf internationalen Schutz** eines afghanischen Staatsangehörigen; mangelhafte Auseinandersetzung mit der (Un-)Glaubwürdigkeit des Fluchtvorbringens

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

Keine relevanten Entscheidungen im Berichtszeitraum.

C. VERWALTUNGSGERICHTE

LVwG Oö 23.09.2019, [LVwG-000341](#)

Tabak- und Nichtraucherinnen- bzw. NichtraucherschutzG; RL 2014/40/EU; die Annahme der Behörde, dass eine **Verpackung für Tabak zum Selbstdrehen** infolge ihrer abgerundeten Kanten nicht die Form eines Quaders iSd Art 14 der RL 2014/40/EU bzw. des § 5e Abs 1 Tabak- und Nichtraucherinnen- bzw. NichtraucherschutzG aufweise, ist vor dem Hintergrund, dass nach den ErwGr dieser RL abgerundete oder abgeschrägte Kanten als akzeptabel angesehen werden sollen, unhaltbar; denn insgesamt geht aus der RL 40/2014/EU hervor, dass eine Formvorgabe im Wege einer geometrischen Figur nicht nach streng mathematischen Gesichtspunkten beurteilt werden soll; wesentlich ist vielmehr, dass der gesundheitsbezogene Warnhinweis tatsächlich eine gleichwertige Fläche wie jene auf einer Verpackung mit exakt rechtwinkligen Kanten einnimmt

LVwG Oö 26.09.2019, [LVwG-200045](#)

Maß- und EichG; da § 63 Abs 1 Maß- und EichG keine Mindeststrafe festlegt, war im Anlassfall zu beachten, dass dem Bf keine gerichtlich strafbare Handlung, sondern lediglich eine **Ordnungswidrigkeit**, damit schon von vornherein bloß eine minder gravierende Beeinträchtigung öffentlicher Interessen angelastet wird; berücksichtigt man weiters, dass in zeitlicher Hinsicht keine lang andauernden, sondern gleichsam bloß punktuelle Übertretungen festgestellt wurden und die Nacheichung umgehend veranlasst wurde sowie der festgestellte Unterschied zwischen Brutto- und Nettogewicht lediglich 6g betragen hatte (bei einer Gesamtverkaufsmenge von 11 dag [Wurst]), erweist sich die Verhängung von Einzelgeldstrafen iHv EUR 200,-, die in Folge zu einer Gesamtstrafe von EUR 400,- führt, die wiederum Verfahrenskosten iHv EUR 40,- nach sich zieht und denen jeweils eine Ersatzfreiheitsstrafe iHv insgesamt 12h entspricht, als in gleicher Weise **tat- und schuldangemessen**

LVwG Oö 27.09.2019, [LVwG-400404](#)

VStG; Bundesstraßen-MautG; ggst wurde dem Bf lediglich eine „punktuelle“ Übertretung des § 6 Bundesstraßen-MautG angelastet; andererseits wäre eine Ausforschung eines ASFINAG-Mitarbeiters – und in Folge dessen Einvernahme im Rahmen einer öffentlichen Verhandlung – geboten, dem gegenüber der Bf die Begleichung des Differenzbetrags zwischen geschuldeter und tatsächlich entrichteter Maut zu erreichen versucht hat und ob dieses Bemühen tatsächlich an einer Störung des **elektronischen Mautüberwachungssystems** scheiterte; schließlich bliebe auch die Höhe des entgangenen Mautbetrags sowie zu klären, ob dem Bf einige Tage nach Begehung der Übertretung wirklich dessen Nachzahlung ermöglicht wurde; es ist offensichtlich, dass all dies angesichts der Verhängung der Mindeststrafe, die im Rechtsmittelverfahren zudem jedenfalls gem § 20 VStG weiter herabzusetzen wäre, einen unverhältnismäßigen zeitlichen, organisatorischen und finanziellen Aufwand verursachen würde, weshalb das Verfahren nach § 45 Abs 1 Z 6 leg cit einzustellen war

Hinweis: Die verlinkten Rechtssätze des LVwG Oberösterreich werden von diesem zur Verfügung gestellt. Die Langfassungen der Entscheidungen können etwa zwei Monate nach dem jeweiligen Entscheidungsdatum über die Homepage des LVwG Oberösterreich (www.lvwg-ooe.gv.at) abgerufen werden. In gesammelter Form können diese Rechtssätze in der Online-Zeitschrift „Spektrum der Rechtswissenschaft“ (www.spektrum-der-rechtswissenschaft.at; seit Jänner 2013) sowie im RIS eingesehen werden.

LVwG NÖ 11.09.2019, [LVwG-AV-236/001-2019](#)

VwGVG; GebührenanspruchsG; sowohl die vorläufige **Berechnung als auch die Bestimmung der Gebühr** gem § 26 VwGVG stellen einen Akt der Justizverwaltung dar; stellt der Zeuge (oder Beteiligte) rechtzeitig einen Antrag auf Zuerkennung von Gebühren, so sind diese „vorläufig“ zu „berechnen“; angesichts dieser Anordnung scheint es nicht zulässig, dass der Präsident sogleich in Bescheidform über diesen Antrag entscheidet; allerdings ist mit einer unmittelbaren Entscheidung des Präsidenten über den Gebührenanspruch kein Eingriff in subjektive Rechte des Antragstellers verbunden, weil der „vorläufigen Berechnung“ keine Bescheidqualität zukommt, sondern diese Bestimmung „primär“ an die Verwaltungsbehörde gerichtet ist

LVwG NÖ 24.09.2019, [LVwG-AV-875/001-2018](#)

KraftfahrG; Prüf- und BegutachtungsstellenVO; im KraftfahrG ist die Möglichkeit eines Feststellungsbescheids betreffend die Erfüllung der **Voraussetzungen als „geeignete Person“** iSd § 3 Prüf- und BegutachtungsstellenVO nicht ausdrücklich vorgesehen; die den Ermächtigten iSd § 57a Abs 2 KraftfahrG treffende Anzeigepflicht stellt eine Ordnungsvorschrift dar; eine bescheidmäßige „Reaktion“ der Behörde ist gesetzlich nicht vorgesehen; das Fehlen einer solchen führt insb nicht dazu, dass der Ermächtigte davon ausgehen kann, dass die angezeigte Veränderung „positiv“ zur Kenntnis genommen wird; aus dem Normenkomplex § 57a Abs 2 KraftfahrG iVm § 3 Abs 1 letzter Satz Prüf- und BegutachtungsstellenVO ist abzuleiten, dass

neben dem Ermächtigten, auch die zur wiederkehrenden Begutachtung „geeigneten Personen“ „vertrauenswürdig“ sein müssen; dies schon deshalb, weil sie, die die tatsächlichen Begutachtungen durchführen und die Gutachten im Einzelfall erstellen

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[01.10.2019, Rs C-616/17, Blaise ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Umwelt – Inverkehrbringen von **Pflanzenschutzmitteln** – Verordnung (EG) Nr 1107/2009 – Gültigkeit – Vorsorgeprinzip – Definition des Begriffs ‚**Wirkstoff**‘ – Kumulierung von Wirkstoffen – Zuverlässigkeit des Bewertungsverfahrens – Aktenzugang für die Öffentlichkeit – Langzeittoxizitätstests – Pestizide – **Glyphosat**

[01.10.2019, Rs C-673/17, Planet49](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 95/46/EG – Richtlinie 2002/58/EG – Verordnung (EU) 2016/679 – Verarbeitung **personenbezogener Daten** und Schutz der Privatsphäre in der elektronischen Kommunikation – **Cookies** – Begriff der Einwilligung der betroffenen Person – **Einwilligungserklärung** mittels eines mit einem voreingestellten Häkchen versehenen Ankreuzkästchens

[02.10.2019, Rs C-93/18, Bajratari](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Unionsbürgerschaft – Richtlinie 2004/38/EG – Aufenthaltsrecht eines **Drittstaatsangehörigen**, der Verwandter in aufsteigender Linie von minderjährigen Unionsbürgern ist – Art 7 Abs 1 Buchst b – Voraussetzung **ausreichender Existenzmittel** – Existenzmittel, die aus Einkünften aus einer ohne Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis verrichteten Arbeit stammen

[02.10.2019, verb Rs C-152/18 P u C-153/18 P, Crédit mutuel Arkéa/EZB](#)

Rechtsmittel – Wirtschafts- und Währungspolitik – Art 127 Abs 6 AEUV – Verordnung (EU) Nr 1024/2013 – Art 4 Abs 1 Buchst g – Beaufsichtigung der Kreditinstitute auf konsolidierter Basis – Verordnung (EU) Nr 468/2014 – Art 2 Abs 21 Buchst c – Verordnung (EU) Nr 575/2013 – Art 10 – Beaufsichtigte Gruppe – Institute, die einer Zentralorganisation ständig zugeordnet sind

[03.10.2019, Rs C-621/17, Kiss und CIB Bank](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verbraucherschutz – Missbräuchliche Klauseln in **Verbraucherverträgen** – Richtlinie 93/13/EWG – Art 3 Abs 1 – Beurteilung der **Missbräuchlichkeit von Vertragsklauseln** – Art 4 Abs 2 – Art 5 – Pflicht, Vertragsklauseln klar und verständlich abzufassen – Klauseln, die zur Zahlung von **Kosten** für nicht spezifizierte Dienstleistungen verpflichten

[03.10.2019, Rs C-18/18, Gławischnig-Piesczek](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Informationsgesellschaft – Freier Dienstleistungsverkehr – Richtlinie 2000/31/EG – **Verantwortlichkeit** von Diensteanbietern, die als Mittler auftreten – Art 14 Abs 1 und 3 – Anbieter von **Hosting-Diensten** – Möglichkeit, vom Anbieter zu verlangen, dass er eine Rechtsverletzung abstellt oder verhindert – Art 18 Abs 1 – Persönliche, sachliche und räumliche Grenzen der Tragweite einer Verfügung – Art 15 Abs 1 – Keine allgemeine **Überwachungspflicht**

[03.10.2019, Rs C-42/18, Cardpoint](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuerrecht – Mehrwertsteuer – Sechste Richtlinie 77/388/EWG – Befreiungen – Art 13 Teil B Buchst d Nr 3 – **Umsätze im Zahlungsverkehr** – Dienstleistungen, die ein Unternehmen einer Bank beim **Betrieb von Geldausgabeautomaten** erbringt

[03.10.2019, Rs C-70/18, A ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Assoziierungsabkommen EWG–Türkei – Beschluss Nr 2/76 – Art 7 – Beschluss Nr 1/80 – Art 13 – Stillhalteklauseln – Neue Beschränkung – Erhebung, Speicherung und Aufbewahrung **biometrischer Daten** türkischer Staatsangehöriger in einer zentralen Datei – Zwingende Gründe des Allgemeininteresses – Ziel der Verhütung und Bekämpfung von **Identitäts- und Dokumentenbetrug** – Art 7 und 8 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Recht auf Achtung des Privatlebens – Recht auf Schutz der personenbezogenen Daten – Verhältnismäßigkeit

[03.10.2019, Rs C-197/18, Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Umwelt – Richtlinie 91/676/EWG – Schutz der Gewässer vor **Verunreinigung durch Nitrat** aus landwirtschaftlichen Quellen – Ziel der Verringerung der Verunreinigung – Von Verunreinigung betroffene Gewässer – Nitratgehalt von höchstens 50 mg/l – Von den **Mitgliedstaaten erlassene Aktionsprogramme** – Rechte Einzelner auf Änderung eines solchen Programms – Antrags- bzw Klage- oder **Beschwerdebefugnis** vor nationalen Behörden und Gerichten

[03.10.2019, Rs C-260/18, Dziubak](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 93/13/EWG – Verbraucherverträge – Missbräuchliche Klauseln – An eine **Fremdwährung gebundenes Hypothekendarlehen** – Klausel über die Festlegung des **Wechselkurses** zwischen den Währungen – Auswirkungen der Feststellung der **Missbräuchlichkeit** einer Klausel – Befugnis des Richters, missbräuchlichen Klauseln durch den Rückgriff auf allgemeine zivilrechtliche Klauseln abzuwehren – Beurteilung des Verbraucherinteresses – Fortbestand des Vertrags ohne missbräuchliche Klauseln

[03.10.2019, Rs C-267/18, Delta Antrepriză de Construcții și Montaj 93](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Öffentliche Aufträge – Verfahren zur Vergabe **öffentlicher Aufträge** – Richtlinie 2014/24/EU – Art 57 Abs 4 – Fakultative Ausschlussgründe – **Ausschluss eines Wirtschaftsteilnehmers** von der Teilnahme an einem Verfahren zur Vergabe öffentlicher Aufträge – Vorzeitige Beendigung eines früheren Auftrags wegen teilweiser **Unterauftragsvergabe** – Begriff ‚erhebliche oder dauerhafte Mängel‘ – Bedeutung

[03.10.2019, Rs C-272/18, Verein für Konsumenteninformation](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Auf **vertragliche Schuldverhältnisse** anzuwendendes Recht – Ausschluss des Gesellschaftsrechts vom **Anwendungsbe- reich** des Übereinkommens von Rom und der Verordnung (EG) Nr 593/2008 (Rom I) – **Treuhandvertrag** zwischen einem Unternehmer und einem Verbraucher, dessen einziger Zweck in der Verwaltung eines Kommanditanteils besteht

[03.10.2019, Rs C-274/18, Schuch-Ghannadan](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Rahmenvereinbarung über Teilzeitarbeit – Paragraph 4 – **Diskriminierungsverbot** – Ungünstigere Behandlung von Teilzeitbeschäftigten gegenüber Vollzeitbeschäftigten in Bezug auf ihre Beschäftigungsbedingungen – Verbot – Nationale Regelung, mit der für **Teilzeitbeschäftigte** eine längere maximal zulässige Dauer befristeter Arbeitsverhältnisse festgelegt wird als für Vollzeitbeschäftigte – Pro-rata-temporis-Grundsatz – Richtlinie 2006/54/EG – Gleichbehandlung von Männern und Frauen in Arbeits- und Beschäftigungsfragen – Art 2 Abs 1 Buchst b – Begriff der ‚mittelbaren Diskriminierung‘ aufgrund des Geschlechts – Art 14 Abs 1 Buchst c – Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen – Art 19 – Beweislast

[03.10.2019, Rs C-285/18, Irgita](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Öffentliche Aufträge** – Richtlinie 2014/24/EU – Art 12 Abs 1 – Zeitliche Geltung – Freiheit der Mitgliedstaaten bei der Wahl der Form der Erbringung von Dienstleistungen – Grenzen – Öffentliche Aufträge, die ‚inhouse‘ vergeben werden – **Interner Auftrag** – Überschneidung eines öffentlichen Auftrags mit einem internen Auftrag

[03.10.2019, Rs C-302/18, X \(\) und suffisantes](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Einwanderungspolitik – Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten **Drittstaatsangehörigen** – Richtlinie 2003/109/EG – Voraussetzungen für die Zuerkennung der Rechtsstellung eines **langfristig Aufenthaltberechtigten** – Art 5 Abs 1 Buchst a – Ausreichende feste und regelmäßige **Einkünfte**

03.10.2019, Rs C-329/18, Altic

Vorlage zur Vorabentscheidung – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – **Erwerb von Lebensmitteln** – Vorsteuerabzug – Versagung des Abzugs – Möglicherweise fiktiver Lieferer – **Mehrwertsteuerbetrug** – Voraussetzungen hinsichtlich der Kenntnis seitens des Erwerbers – Verordnung (EG) Nr 178/2002 – Verpflichtungen in Bezug auf die Rückverfolgbarkeit von Lebensmitteln und die Feststellung des Lieferers – Verordnungen (EG) Nr 852/2004 und (EG) Nr 882/2004 – **Registrierungspflichten** der Lebensmittelunternehmer – Auswirkung auf das Vorsteuerabzugsrecht

03.10.2019, Rs C-378/18, Westphal

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verordnung (EG, Euratom) Nr 2988/95 – Schutz der **finanziellen Interessen** der Europäischen Union – Art 3 Abs 1 – **Verjährungsfrist** – Verordnungen (EWG) Nr 3887/92 und (EG) Nr 2419/2001 – Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem für bestimmte gemeinschaftliche **Beihilferegelungen** – Rückforderung zu Unrecht gezahlter Beträge – Anwendung der mildernden Verjährungsregelungen

03.10.2019, Rs C-632/18, Fonds du Logement de la Région de Bruxelles-Capitale

Vorlage zur Vorabentscheidung – Wirtschafts- und Währungspolitik – Europäisches System **Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen** auf nationaler und regionaler Ebene in der Europäischen Union – Verordnung (EU) Nr 549/2013 – Sektor Staat – **Firmeneigene Finanzierungseinrichtung** – Begriff – Gesellschaft, die unter staatlicher Kontrolle den Haushalten mit mittleren oder geringen Einkommen Hypothekarkredite anbietet

B. SCHLUSSANTRÄGE

01.10.2019, C-274/14, Banco de Santander (GA Hogan)

Vorabentscheidungsersuchen – **Staatliche Beihilfen** – Steuersystem – Körperschaftsteuer – Abzug – **Abschreibung** auf den Geschäfts- oder Firmenwert, der sich aus dem Erwerb mindestens 5%iger **Beteiligungen an Unternehmen** mit steuerlichem Sitz außerhalb Spaniens durch Unternehmen mit steuerlichem Sitz in Spanien ergibt – Art 267 AEUV – Zulässigkeit des Vorabentscheidungsersuchens – Begriff ‚Gericht‘ – Unabhängigkeit – Unzuständigkeit des Gerichtshofs

02.10.2019, Rs C-465/18, Comune di Bernareggio (GA Hogan)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 49 AEUV – Niederlassungsfreiheit – Übertragung einer **kommunalen Apotheke** nach einer Ausschreibung – Nationale Rechtsvorschriften, die ein den Arbeitnehmern einer kommunalen Apotheke zustehendes **Vorkaufsrecht** vorsehen – Endgültiger Zuschlag an einen Arbeitnehmer, der nicht am **Ausschreibungsverfahren** teilgenommen hatte, nach Ausübung des Vorkaufsrechts

03.10.2019, Rs C-401/18, Herst (GA Kokott)

Vorabentscheidungsverfahren – Gemeinsames Mehrwertsteuersystem – **Verbrauchssteuerpflichtige Waren** – Befreiung der Lieferung von Gegenständen, die innerhalb der Union versandt oder befördert werden – Reihengeschäft – **Zuordnung der Warenbewegung** zu einer Lieferung innerhalb einer Lieferkette – Beförderung verbrauchssteuerpflichtiger Waren im Verfahren der Steueraussetzung – Vorrang des Unionsrechts – Grenzen einer unionsrechtskonformen Auslegung – Grundsatz in dubio mitius

C. GERICHT

Keine relevanten Urteile im Berichtszeitraum.

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

01.10.2019, Beschwerde Nr [57467/15](#), *Savran / Dänemark*

Verletzung von Art 3 EMRK (Folterverbot und Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung); **Ausweisung** des Bf in die Türkei würde aufgrund seiner **psychischen Erkrankung** eine Verletzung des Art 3 EMRK darstellen; die dänischen Behörden müssten eine **ausreichende** und **individuelle medizinische Versorgung** des Bf in der Türkei sicherstellen

03.10.2019, Beschwerde Nr [50283/13](#), *Fountas / Griechenland*

Verletzung von Art 2 EMRK (Recht auf Leben); **Tod** eines Mannes bei einer Schießerei mit der Polizei; **keine Einbeziehung** des **Vaters** des Toten (Bf) in den Fall durch die nationalen Behörden; **kein Zugang** zu den **Akten** für den Bf; keine Beziehung des Bf bei der Identifizierung und Untersuchung des Leichnams; der Bf erhielt eine Entschädigung iHv EUR 15.000,--

03.10.2019, Beschwerde Nr [55225/14](#), *Pastörs / Deutschland*

Keine Verletzung von Art 10 EMRK (Meinungsäußerungsfreiheit) und **keine Verletzung** von Art 6 EMRK (Recht auf ein faires Verfahren); **Verurteilung** des Bf wegen **Leugnung des Holocausts** in einer Landtagsrede; Abweisung der Beschwerde durch den EGMR; eine absichtliche Leugnung des Holocausts sei **nicht von der Meinungsäußerungsfreiheit gedeckt**; im Fall des Bf wurden in den Jahren 2012 und 2013 an unterschiedlichen Gerichten von zwei miteinander verheirateten Richtern Entscheidungen getroffen; **keine Verletzung** des **Rechts auf ein faires Verfahren**, da ein unabhängiges Gericht – ohne Verbindung zu den beiden Richtern – letztendlich entschieden hat

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. Mag. Katharina Arnreither, Univ.-Ass. Mag. Nicole Traußner, Univ.-Ass. Mag. Marlene Haderer, Univ.-Ass. Mag. Sarah Heiml, Wiss.-Mit. Clara Buder.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.